

Annette Schwarzbauer

Rücktritt von Präsident Banzer

Generations- und Politikwechsel in Bolivien?

Nach fast einem Monat Rätselraten über die Zukunft des an schwerem Lungen- und Leberkrebs leidenden Präsidenten Boliviens, General Hugo Banzer Suárez, stand am 27. Juli d.J. fest, dass der Präsident zum 6. August 2001, dem Nationalfeiertag der Andenrepublik, zurücktreten würde. Die Nachfolge hat anschließend, wie es die Verfassung vorsieht, der vorherige Vizepräsident, Jorge „Tuto“ Quiroga Ramírez, angetreten, ebenfalls der von Banzer gegründeten Partei Acción Democrática Nacionalista (ADN) zugehörig. Obwohl das Präsidentenamt in der Hand der ADN bleibt, bedeutet die Amtsübernahme durch den 41-jährigen Jorge Quiroga zumindest einen Generationswechsel (Banzer ist 75 Jahre alt). Quiroga wird innerhalb der ADN zu den *pitufos* (Schlumpfen) gezählt, einer Gruppe junger und reformbereiter Politiker, die der Gruppe der *dinosaurios*, der alten Machtelite der Partei, gegenübersteht.

Ein Politikwechsel zeichnet sich ab. Quiroga, ein reformfreudiger und dialogbereiter Technokrat, hat nach seinem Amtsantritt ein neues Kabinett zusammengestellt, in dem mehr Wert auf fachliche Qualifikation als auf Parteizugehörigkeit gelegt wurde. Fraglich bleibt allerdings, ob sich Quiroga auf Dauer gegen die „Dinosaurier“ durchsetzen kann. Ferner bleibt dem neuen Präsidenten nur ein Jahr für die Ausübung seines Amtes: Im Juni des kommenden Jahres werden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen stattfinden, und die nächste Regierung wird am 6. August 2002 ihr Amt antreten.

Nach dem Rücktritt des bolivianischen Präsidenten Hugo Banzer im August 2001 scheint es mit Amtsübernahme durch Jorge „Tuto“ Quiroga, einem jungen Technokraten, neben einem Generationswechsel auch zu einem Politikwechsel zu kommen. Im Anschluss an den umfassenden Reformprozess in der Regierungszeit von Gónzalo Sánchez de Lozada (1993–1997) hatte Gen. Banzer, diesmal auf demokratisch gewähltem Weg, erneut die Präsidentschaft übernommen. Sein Regierungsprogramm hatte als Grundlage die Ergebnisse eines Nationalen Dialogs, der unter breiter Beteiligung der Bevölkerung geführt worden war. Die Ergebnisse des daraus entstandenen Aktionsplanes waren eher ernüchternd. Auf Grund der wirtschaftlichen und politischen Probleme des Landes waren die Jahre 2000 und 2001 in Bolivien gekennzeichnet von Unruhen und Blockaden, denen die Regierung in weiten Teilen handlungs- und entscheidungsunfähig

gegenüberstand. Mit Amtsantritt des neuen Präsidenten kam Bewegung in die festgefahrenen Konflikte. Neue Hoffnung zog in die Andenrepublik ein, die im Juni 2001 als erstes lateinamerikanisches Land und als zweites weltweit den *completion point* im Rahmen der laufenden Entschuldungsinitiative erreichte.

Angesichts der schwierigen politischen und sozialen Lage Boliviens und der seit April 2000 in Schüben stattfindenden Unruhen und Blockaden unterschiedlicher Gruppen und der bisher mangelnden Entscheidungs- und Aktionsfähigkeit der Regierung sind die Erwartungen an den neuen Präsidenten groß, eine hohe Messlatte für Quiroga, dem man Ambitionen auf die Präsidentschaftskandidatur im Jahr 2007 zuschreibt und der nun sein politisches Geschick für die Zukunft zeigen muss.

■ **Rückblick auf die Regierung Banzer: Dialog und Demonstrationen**

Aktionsplan der Regierung Banzer und Diálogo Nacional I

Seit 1985 befindet sich Bolivien in einem tiefgreifenden politischen und wirtschaftlichen Wandlungsprozess, in dem im Laufe der Jahre eine wichtige demokratische Grundorientierung der politischen Kräfte und eine beachtliche politische Stabilität erreicht werden konnten. Die wirtschaftlichen Reformen waren allerdings mit sozialen Kosten verbunden. Der ehemalige Staatspräsident Gonzalo Sánchez de Lozada (1993–1997), Vorsitzender der jetzt größten Oppositionspartei Movimiento Nacionalista Revolucionario (MNR), hatte sich daher eine ehrgeizige Politik der Armutsbekämpfung vorgenommen und entsprechende Reformen durchgeführt: Dezentralisierung, Bürgerbeteiligung, Schaffung eines Pensionsfonds mit Gewinnen aus den Privatisierungen der staatlichen Unternehmen, Erziehungsreform. Grundlage des Regierungsprogramms von Präsident Hugo Banzer, Amtsantritt August 1997, war ein Aktionsplan, der ebenfalls die Armutsbekämpfung beinhaltete und folgende vier Schwerpunkte setzte:

Oportunidad:

wirtschaftliche Entwicklung, Wachstumsförderung bes. im Privatsektor, Stärkung des Finanzsektors, Ausbau des Straßennetzes;

Equidad:

Verteilungsgerechtigkeit, Erhöhung der staatlichen Investitionen im Sozialbereich, um die Armutssituation der Mehrheit der Bevölkerung zu lindern;

Institucionalidad:

Institutionenförderung zur Verbesserung des Rechtswesens und zur Korruptionsbekämpfung in der öffentlichen Verwaltung,

Dignidad:

Drogenbekämpfungsprogramm, bis Ende der Regierungszeit Ausrottung der illegalen Kokaanpflanzungen, Förderung des Anbaus alternativer Produkte.

Dieser Aktionsplan war in Teilen aus dem *Diálogo Nacional*, einem partizipativen Konsultationsprozess im Oktober 1997 mit ca. 60 Prozent Vertretern der Zivilgesellschaft, erwachsen. Der Plan behält als Schwerpunkt die Armutsbekämpfung bei, enthält jedoch keine adäquaten Antworten auf die vielfältigen Formen der Armut und ihre strukturellen Probleme und Ursachen.¹⁾ In der Praxis sind die Ergebnisse des Aktionsplanes eher ernüchternd. Im Bereich der Drogenbekämpfung wurde zwar bis Ende des Jahres 2000 das Ziel *coca cero* (Null Koka) fast erreicht, aber gerade im Hinblick auf die Armutsbekämpfung wurden die Erwartungen aus dem Nationalen Dialog bisher enttäuscht. Eine Reform des Zollwesens brachte im Jahr 2000 mehr Transparenz und Effizienz in die ehemalige Hochburg der Korruption. Allerdings wurden damit die Arbeitsmöglichkeiten im informellen Sektor – hier Kleinhändler, die geschmuggelte Waren verkaufen – erheblich eingeschränkt, was wiederum zum Verlust von Arbeit und Einkommen für die betroffenen Händler führte.

Trotz dieser Bemühungen fiel Bolivien im Korruptionsindex von Transparency International im Juni 2001 von Rang 71 auf Rang 84 bei insgesamt 91 aufgeführten Ländern. In Lateinamerika bildet Bolivien damit das traurige Schlusslicht.²⁾

HIPC I und II – Schuldenerleichterung für arme Länder

In der ursprünglichen HIPC-Initiative (Initiative zur Schuldenerleichterung von **H**ighly **I**ndebted **P**oor **C**ountries) von 1996/97 war Bolivien eine Schuldenerleichterung unter der Bedingung zugesagt worden, dass in der Sozialpolitik, als einem Bereich der Armutsbekämpfung, erkennbare Fortschritte erzielt würden. Laut Evaluierung der Weltbank war dies 1997 zufriedenstellend bis gut, vor allem im Erzie-

1) Vgl. Mechthild Minkner-Bünjer, „Entschuldungsinitiative HIPC für Bolivien: eine neue Chance für die Armutsbekämpfung?“, *Lateinamerika: Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, Nr. 24, 27. Dezember 2000, Hg. Institut für Iberoamerika-Kunde Hamburg, E-Mail-Ausgabe ohne Seitenangabe.

2) Vgl. Transparency International, „Press Release: Nex index highlights worldwide corruption crisis, says Transparency International“, 27. Juni 2001, in: www.transparency.org/documents/cpi/2001/cpi2001.html.

hungswesen. 1998 konnten die Ziele nur teilweise erreicht werden. 1999 konnte Bolivien – trotz schwacher Wirtschaftskonjunktur – wegen der Schuldentlastung höhere Sozialausgaben tätigen. In der ländlichen Entwicklung und in der Armutsbekämpfung waren die Maßnahmen allerdings sehr begrenzt. 1999 wurden Bolivien vom IWF Schulden in Höhe von 760 Millionen US-Dollar erlassen.

Im September 1999 einigten sich die Regierungen der Gläubigerländer, IWF und Weltbank auf eine erweiterte HIPC-Initiative, HIPC II, um mehr Ländern den Zugang zur Schuldenerleichterung zu ermöglichen. Im Rahmen der weltweiten Initiative „Schuldenerlass 2000“ hatten sich besonders die Kirchen und Nichtregierungsorganisationen für eine Ausweitung der Schuldenerleichterung für die armen Länder eingesetzt. Die HIPC II-Initiative setzt sich zum Ziel, den Schuldenerlass eng mit Maßnahmen der begünstigten Regierungen zur Armutsminderung zu verbinden. Ferner sollen die in Frage kommenden Länder sich einerseits zur Durchführung von strukturellen Reformen mit dem Ziel der Wachstumsförderung verpflichten und andererseits gemeinsam mit der Zivilgesellschaft und den wichtigsten Gebern eine Strategie zur Bekämpfung der Armut (Poverty Reduction Strategy / PRS) formulieren. Das zu erstellende Dokument (Poverty Reduction Strategy Paper / PRSP) wird von Weltbank und IWF überprüft. Da dieser partizipative Ansatz viel Zeit benötigt, kann zunächst nur eine vorläufige Fassung (Interim-PRSP / I-PRSP) abgegeben werden. In der Folgezeit entscheiden dann die Fortschritte bei der Umsetzung der Reformen und die Formulierung des endgültigen PRSP über die Erreichung des *completion point*, des Erfüllungszeitpunkts für die endgültige Freigabe der Mittel zur Schuldenerleichterung.

Bolivien auf dem Weg zur HIPC II-Initiative

Bolivien reichte sein I-PRSP, das auf dem Aktionsplan der Regierung vom Herbst 1997 basierte, im Januar 2000 ein. Die Gläubigergemeinschaft erkannte den 1997 durchgeführten Nationalen Dialog als partizipatives Instrument zur Erarbeitung der Armutsbekämpfungsstrategie an. Der *decision point* war, trotz bestehender inhaltlicher Kritik am I-PRSP, damit erreicht, der Schuldenerlass grundsätzlich befür-

wortet. Der Erlass im Rahmen der laufenden HIPC-Initiative sieht für Bolivien, das als erstes lateinamerikanisches Land ausgewählt wurde, die Streichung von 1,3 Milliarden US-Dollar im Laufe der nächsten fünfzehn Jahre vor, was die Ende 1998 bestehende Auslandsschuld um 30 Prozent reduzieren würde. Für das Jahr 2000 stand nun die Durchführung des *Diálogo Nacional II* und die Formulierung des PRSP, das zum *completion point* führen sollte, auf der bolivianischen Agenda.

Die Anforderungen an das PRSP waren im Vergleich zum I-PRSP deutlich höher. Die Strategie sollte nicht nur Aufschluss geben über die Verwendung der freiwerdenden Mittel zugunsten der Armutsbekämpfung, sondern der gesamte Staatshaushalt, sowohl Ausgaben als auch Einnahmen, sollte auf dieses Ziel ausgerichtet werden. Auch Maßnahmen in den Bereichen Bodenrecht, Justizreform, Menschenrechte, Korruptionsbekämpfung, Steuersystem sollten Berücksichtigung finden. Ferner forderte besonders die Weltbank, dass die Strategie Grundlage einer umfassenden Geberkoordination, eines *Comprehensive Development Framework (CDF)*, sein sollte. Weitere grundlegende Bedingung war die partizipative Erarbeitung des PRSP.³⁾

Der Nationale Dialog II sollte in der ersten Jahreshälfte 2000 durchgeführt werden. Allerdings hatte er zunächst keine Priorität auf höchster Regierungsebene, sondern war hauptsächlich Anliegen des Vizepräsidenten, Jorge Quiroga. Im April 2000 änderte sich die Haltung von Präsident Banzer grundlegend. Anlass dafür waren auf der einen Seite der „Wasserkrieg“ im Februar und April, die Unruhen und der damit verbundene gescheiterte Ausnahmezustand und auf der anderen Seite der erfolgreich und öffentlichkeitswirksam durchgeführte Dialog der katholischen Kirche mit der Zivilgesellschaft unter dem Motto „Jubileo 2000“.

„Wasserkrieg“ in Cochabamba

Vor dem Hintergrund der Armut eines Großteils der Bevölkerung führte die Erhöhung der Wassergebühren in Cochabamba im Januar 2000 zu einem schweren Konflikt. Ein Konsortium mit internationaler Beteiligung, *Aguas del Tunari*, sollte die unzureichende Trinkwasserversorgung von Cochabamba

3) Vgl. Günther Schulz-Heiss, „Dialogdialektik in den Anden: Nationaler Dialog zur Umsetzung der Entschuldungsinitiative – Beispiel Bolivien“, April 2000, E-Mail-Version, S. 3. Der Autor beobachtet im Auftrag der Kreditanstalt für Wiederaufbau den Nationalen Dialog zur Armutsbekämpfung für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit in Bolivien.

4) Vgl. *El País Digital*, 10. April 2000, www.elpais.es.

ausweiten. Vorgesehen war ein Bewässerungsprojekt in der Region Cochabamba, Proyecto Misicuni, durch das die umliegenden Täler landwirtschaftlich nutzbar gemacht werden sollten (geplantes Investitionsvolumen: 214 Millionen US-Dollar).⁴⁾ Zur Finanzierung des Projekts erhöhte Aguas del Tunari zu Jahresanfang die Kosten für Wasser, das sich nun ca. die Hälfte der Einwohner Cochabambas nicht mehr hätte leisten können.

Die Protestbewegung gegen die Anhebung wurde vertreten durch die neu gebildete, unnachgiebige Coordinadora de Defensa del Agua und anfangs durch das Bürgerkomitee von Cochabamba, die bereits im Januar durch eine Protestaktion von drei Tagen erreichten, dass die Regierung zustimmte, neue Wassertarife auszuarbeiten, den Vertrag mit dem Konsortium zu überprüfen und eine Änderung des noch zu verabschiedenden Wassergesetzes (Kommerzialisierung der Wasserversorgung) vorzunehmen. Die Coordinadora war mit der vorgeschlagenen Erhöhung von 20 Prozent nicht einverstanden und rief die Bevölkerung auf, die Stadt einzunehmen. Auf Grund der Protestmärsche und Blockaden zog die Regierung am 4. Februar die Preiserhöhung zurück. Im Zusammenhang mit den Unruhen im Februar musste sich die Partei Nueva Fuerza Republicana (NFR) des Bürgermeisters von Cochabamba, Manfred Reyes Villa, wegen dessen undurchsichtigen Haltung im Wasserkonflikt aus der Regierungskoalition zurückziehen. Für die NFR bedeutete dies den Verlust des Ministeriums für Nachhaltige Entwicklung und für die Regierung den Verlust der Mehrheit im Kongress.

Da nicht alle Vereinbarungen mit der Coordinadora eingehalten wurden, eskalierte der Konflikt im April. Es kam zu Blockaden, die Cochabamba vom Rest des Landes abschnitten, und zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Bürgern und Militäreinheiten. Die Regierung zeigte wenig Verhandlungsgeschick, versuchte die Proteste gewaltsam zu unterdrücken und ließ mehrere Anführer der Demonstranten verhaften. Die Unruhen weiteten sich im allgemeinen Klima der sozialen und wirtschaftlichen Unzufriedenheit und Not auf andere Landesteile aus.

Ausweitung der Proteste und erfolgloser Ausnahmezustand

Die Blockaden erreichten ihren Höhepunkt im April, als Campesinos in den Departements La Paz, Oruro, Cochabamba und Chuquisaca die Straßen sperren, um gegen das Wassergesetz, die Preiserhöhungen von Treib- und Brennstoffen und gegen die Armut und die Vernachlässigung ihrer Regionen zu protestieren.⁵⁾ Angeführt wurden die in der Gewerkschaft Confederación Sindical Unica de Trabajadores Campesinos de Bolivia (CSUTCB) organisierten Kleinbauern von Felipe „Mallku“ Quispe (*mallku* bedeutet in Aimara Kondor, Ausdruck für die Führungsposition). Auch hier kam es zu Auseinandersetzungen mit Militärs, die die Straßen räumen sollten. Besonders gewalttätig, sowohl von Seiten der Militärs als auch von Seiten der Bauern, ging es dabei in Achacachi (dem Sitz des *mallku*) und in Patacamaya, beide Orte ca. 100 bis 150 km von La Paz entfernt, zu. Auf beiden Seiten gab es Tote und Verletzte.

Eine weitere Protestfront tat sich durch den Hungerstreik einer Gruppe von Polizisten und ihrer Familienangehörigen auf, die eine Gehaltserhöhung von 50 Prozent forderten. Eine Gruppe der Hungerstreikenden hatte sich in den Räumen des Gewerkschaftsdachverbandes Central Obrera Boliviana (COB) niedergelassen. Von der Polizeiführung wurde der Streik zunächst nicht ernst genommen, und es wurden keine Lösungsmöglichkeiten gesucht. Schließlich griff die Regierung ein und erreichte zunächst einen „Waffenstillstand“. Da die von Seiten der Regierung angebotene Gehaltserhöhung in Höhe von sechs Prozent von den Polizisten nicht akzeptiert wurde, sollte eine Gruppe der Nationalen Polizei den Hungerstreik gewaltsam beenden. Die Sondergruppe weigerte sich, gegen ihre Kollegen mit Gewalt vorzugehen, und meuterte, und die Stadt stand kurz vor einem Zusammenstoß zwischen den meuternden Polizisten, anderen Einheiten, die sie unterstützten und dem Militär, das die Meuterei niederschlagen sollte.⁶⁾

Auf Grund der dargestellten gewaltsamen Auseinandersetzungen in verschiedenen Teilen des Landes rief Präsident Banzer am 8. April den Ausnahmezustand aus, um Ruhe und Ordnung wiederherzustellen (laut Verfassung vorgesehene Dauer: 90 Tage). Diese

5) Vgl. Fundación Milenio (Hg.), *Informe de Milenio sobre el Acontecer Política en Bolivia, Primer Semestre de 2000*, Nr. 1 (La Paz, 2000), S. 37.

6) Vgl. s.o., S. 15–16.

Maßnahme stieß auf den Widerstand der Bevölkerung und einer Reihe von Institutionen wie der katholischen Kirche, der Ombudsfrau, der Versammlung für Menschenrechte, der Medien und der Oppositionsparteien. Als der Ausnahmezustand nach einigen Tagen keine Wirkung zeigte, sah sich die Regierung gezwungen, den Forderungen der Protestbewegungen nachzugeben. Der Vertrag mit dem Wasserkonsortium Aguas del Tunari in Cochabamba wurde aufgelöst, die Verabschiedung des Wassergesetzes im Kongress wurde aufgeschoben, verhaftete Demonstranten wurden freigelassen, die Gehälter der Polizisten in den unteren Diensträngen um 50 Prozent erhöht, und das Militär zog sich in die Kasernen zurück. Der Ausnahmezustand wurde am 21. April wieder aufgehoben. Die Regierung war weder zu Verhandlungen fähig gewesen noch hatte sie den Ausnahmezustand im Land durchsetzen können. Am Ende musste sie den verschiedenen Forderungen einfach nachgeben. Traurige Bilanz der Unruhen im April: sechs Tote und über 40 Verletzte.

Vierte Kabinettsumbildung der Regierung Banzer

Weitere Konsequenz der Ereignisse im April war die vierte Kabinettsumbildung der Regierung Banzer. Am 24. April trat das Kabinett geschlossen zurück. Nicht nur von der Opposition, die den Rücktritt von Banzer wegen Unfähigkeit verlangt hatte, sondern auch innerhalb der eigenen Regierung wurde der Präsident wegen seines Vorgehens im April scharf kritisiert. In der Öffentlichkeit wurden der Finanzminister, Herbert Müller, wegen seiner restriktiven Finanzpolitik, und der Innenminister, Wálter Guiteras, für die schlechte wirtschaftliche Lage und die Eskalation der Proteste im April verantwortlich gemacht. Unter Beschuss geriet ferner der Verteidigungsminister, Jorge Crespo. An die Spitze des Finanzministeriums wurde der in Harvard ausgebildete Ronald MacLean, vorher Informationsminister und ehemaliger Bürgermeister von La Paz (Acción Democrática Nacionalista / ADN) berufen; neuer Innenminister wurde Guillermo Fortún, führender Kopf der ADN-Traditionalisten. Zum neuen Verteidigungsminister wurde Oscar Vargas Lorenzetti, General im Ruhestand (ADN), ernannt und löste damit Jorge Crespo (Movimiento Izquierdista Revolucionario) ab.

nario / MIR) ab. Hugo Banzer, der von 1971 bis 1978 an der Spitze einer Militärdiktatur das Land regiert hatte und nun auf seine Glaubwürdigkeit als demokratisch gewählter Präsident bedacht war, hatte damit zum ersten Mal in seiner laufenden Amtsperiode einen Angehörigen der Streitkräfte in sein Kabinett aufgenommen. Das Gewicht der ADN erhöhte sich durch diese Umbildung; MIR verlor einen Ministerposten. Insgesamt wurden fünf neue Minister ernannt. Ziel der neuen Regierung war nun laut Präsident Banzer die Reaktivierung der Wirtschaft und die Armutsbekämpfung im Rahmen eines Nationalen Dialogs (!).

Foro Jubileo 2000 - die katholische Kirche gibt ein Beispiel

Ungeachtet der Unruhen und des Ausnahmezustands hatte die katholische Kirche mit einer Reihe von Nichtregierungsorganisationen (NROs) ihre Dialogveranstaltungen mit der Zivilgesellschaft aus Anlass des Jubileo 2000 wie vorgesehen durchgeführt und im April abgeschlossen. Die Öffentlichkeitswirksamkeit dieser Veranstaltungen trug nicht unerheblich zum Sinneswandel der Regierung im April bei, die die Durchführung des Nationalen Dialogs nun zur Priorität erklärte. Im kirchlichen Foro Jubileo 2000 wurden mit mehr als 800 Organisationen auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene Strategien zur Armutsbekämpfung diskutiert, wobei die Verwendung der HIPC 2-Mittel im Vordergrund stand. Größter Erfolg der Veranstaltungsreihe war die Bewusstseinsbildung in großen Teilen der Bevölkerung über die Bedeutung der Armutsproblematik in Bolivien und über die Wichtigkeit einer ernsthaften Armutsbekämpfungsstrategie.⁷⁾ Ansonsten weichen die Ergebnisse kaum von den klassischen Ansätzen im Sinne einer Erweiterung der Sozialausgaben ab. Abschließend wurde gefordert, die Ergebnisse der Dialogreihe mit in das offizielle PRSP aufzunehmen und die Kirche und die NROs direkt an der Formulierung des Papiers zu beteiligen.

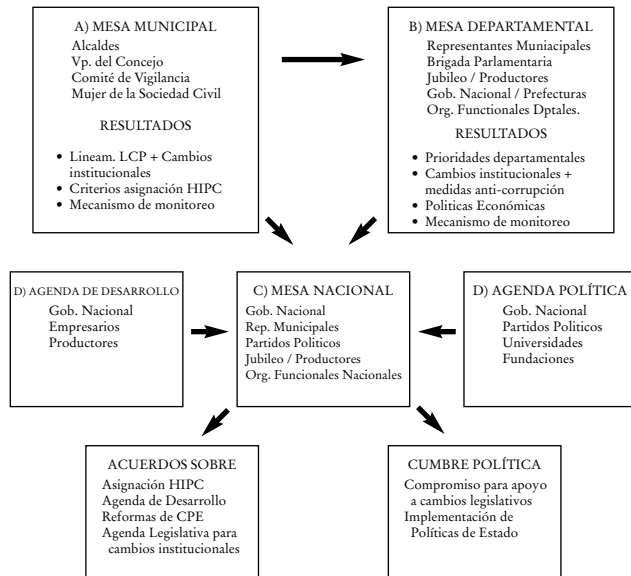
7) Vgl. Günther Schulz-Heiss, „Bolivien: Nationaler Dialog zur Armutsbekämpfung – Statusbericht zum 14. Mai 2000“, 14. Mai 2000, E-Mail-Version, S. 2

Jetzt auch von Regierungsseite – Diálogo Nacional II

Am 12. Mai rief Präsident Banzer offiziell die Durchführung des Nationalen Dialogs aus. Der Dialog sollte auf drei Stufen stattfinden, die der dezentralen

Struktur Boliviens entsprechen: Veranstaltungen zu- erst auf kommunaler, dann auf regionaler und ab- schließlich auf nationaler Ebene. Das ursprüngliche Thema des Dialogs, die Armutsbekämpfung, wurde von der Regierung kurzfristig um die Themen Wirt- schaftsbelebung (*mesa económica*) und Verfassungs- reform (*mesa política*) erweitert, was einerseits drohte, die Priorität des Themas Armutsbekämpfung herabzusetzen, und andererseits angesichts des knap- pen Zeitrahmens eine große Herausforderung dar- stellte. Plan der Regierung war, dass die Ergebnisse des Dialogs in die traditionelle Ansprache des Prä- sidenten zum Nationalfeiertag am 6. August ein- fließen sollten (was letztlich nicht eingehalten werden konnte).

ESQUEMA GENERAL DEL DIÁLOGO 2000



Quelle: www.dialogoclp.gov.bo

Es regten sich aber auch Stimmen gegen die Durchführung des Nationalen Dialogs. Absagen zur Teilnahme am Dialog wurden vom Gewerkschaftsverband COB und der Kleinbauerngewerkschaft CSUTCB gegeben, die über Forderungen ihrer Mitglieder mit der Regierung verhandelten. Hier zeichneten sich eher Kampfmaßnahmen der Gewerkschafter ab. Jaime Paz, Vorsitzender des Koalitionspartners MIR und ehemaliger Staatspräsident, äußerte am 5. Mai, dass er schon bei der ersten HIPC-

Initiative gegen die Teilnahme Boliviens am Schuldenerlass gewesen sei, da das Land dadurch sein Prestige verloren habe und nun in der internationalen Gemeinschaft als zahlungsunfähig gelte. Als einer der möglichen Gewinner der Präsidentschaftswahlen im Jahr 2002 stellte Paz Zamora mit diesen Äußerungen die Verbindlichkeit des PRSP für die kommenden Jahre seinerseits in Frage. Der MIR nahm letztlich am Dialog teil.

Gonzalo Sánchez de Lozada, Vorsitzender des MNR, sagte im Juni mit Hinweis auf die Position von Paz Zamora zunächst die Teilnahme des MNR am Dialog ab. Ein Dialog über Armutsbekämpfung mache wenig Sinn, wenn Paz Zamora gegen die Entschuldung sei. Außerdem könne in der *mesa económica* nicht lediglich ein Reaktivierungsprogramm zur Wirtschaft diskutiert werden, zu dem es noch gar keinen Konsens gebe, sondern man müsse über das gesamte Wirtschaftsmodell sprechen. Auch für die *mesa política* forderte er weitergehende Themen.⁸⁾ Ferner wurden Zweifel an der Ernsthaftigkeit der Regierung bezüglich Bürgerbeteiligung und Armutsbekämpfung geäußert. Die Position von Sánchez de Lozada ließ auch vermuten, dass der MNR wenig Interesse hatte, durch seine Unterstützung des Dialogs der geschwächten Regierung sozusagen einen Rettungsring zuzuwerfen.⁹⁾ In einem persönlichen Treffen mit Präsident Banzer am 1. Juni bot Sánchez de Lozada die Zusammenarbeit des MNR mit der Regierung zur Lösung der sozialen und wirtschaftlichen Krise des Landes an und schlug einige Sofortmaßnahmen vor. Der Präsident stimmte zu, diese Vorschläge mit seinen Koalitionspartnern zu besprechen, vertröstete jedoch einige Tage später Sánchez de Lozada in einem Brief mit dem Hinweis, dass alle Themen, die der MNR vorgeschlagen habe, Gegenstand der Gespräche im Rahmen des Nationalen Dialogs sein würden, und verschob damit ein mögliches Handeln auf unbestimmte Zeit. Diese Antwort fiel zwar nicht zur Zufriedenheit des MNR aus, doch die Partei entschloss sich, am Dialog teilzunehmen.

Der Nationale Dialog bestand aus drei Teilen: *Agenda Social* (Soziale Agenda), *Agenda de Desarrollo* (Wirtschaftsagenda) und *Agenda Política* (Politische Agenda). Die Soziale Agenda bildete dabei das zentrale Element der Bürgerbeteiligung an der Er-

8) Vgl. *La Prensa*, 12. Mai 2000, La Paz, S. 9 A.

9) Vgl. Schulz-Heiss, „Dialogdialektik in den Anden“, S. 5–6.

arbeitung einer Armutsbekämpfungsstrategie. Zur Durchführung des Dialogs war das Technische Sekretariat des Dialogs gegründet worden. Der erste Leiter des Sekretariats, Carlos Toranzo, hatte im April 2000 im Zusammenhang mit der Verhängung des Ausnahmezustands sein Amt aufgegeben. Nachfolger wurde im Mai Carlos Carafa, langjähriger Mitarbeiter der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit in Bolivien, der sowohl das Vertrauen des Staatspräsidenten als auch der Gebergemeinschaft genoss. Auf höchster Regierungsebene waren die Kompetenzen folgendermaßen verteilt: die allgemeine Koordination lag beim Vizepräsidenten, Jorge Quiroga, für die strategische Armutsbekämpfungsdebatte war Finanzminister Ronald MacLean (ADN) zuständig, für die Wirtschaftsdebatte der Minister für wirtschaftliche Entwicklung, José Luis Lupo (MIR), und für die politische Debatte Präsidentschaftsminister Wálter Guiterras (ADN).

Ganz Bolivien im Dialog – Soziales, Wirtschaft und Politik

Am 6. Juni wurde die erste Etappe des Nationalen Dialogs, die bis zum 14. Juli dauerte, mit einer Veranstaltung in Sucre unter Beteiligung der 28 Municipien des Departements und über 180 Vertretern der Zivilgesellschaft eröffnet. In der ersten Phase wurden jeweils neun Lokal- und Regionalforen in den neun Departements des Landes durchgeführt. Die wichtigsten Bedürfnisse der Bevölkerung auf kommunaler und departementaler Ebene sollten festgestellt werden; auf Departementebene kam die Frage nach der Mittelverteilung und -verwaltung und nach politischen Reformen hinzu. Anschließend folgte die zweite Etappe mit der nationalen Veranstaltung zur Sozialen Agenda und begleitenden Treffen mit Vertretern des Jubiläumsforums 2000, von Parteien, Organisationen und kleineren zivilgesellschaftlichen Dialogprozessen (Rat der indigenen Bevölkerung des Ostens / CIDOB, Private Entwicklungsorganisationen, Komitee der Kleinproduzenten u.a.). Im abschließenden nationalen Forum wurden die Ergebnisse der vorhergehenden Stufen diskutiert und konkrete Vorschläge zu Strategien, Mitteleinsatz und -kontrolle eingebracht.¹⁰⁾

10) Eine Darstellung und Interpretation der Dialogprozesse im Bezug auf das PRSP aus Sicht der Regierung s.: Unidad de Análisis de Política Económica, Ministerio de Hacienda, „Descripción de los Procesos Participativos“, E-Mail-Version vom 24. November 2000.

Die Ergebnisse der Sozialen Agenda wurden am 30. August vorgelegt. Die erarbeiteten Strategien sehen im Wesentlichen eine Erhöhung der Ausgaben für Schulen, Infrastruktur, Gesundheitswesen etc. vor. Dabei werden keine Prioritäten – wie in den international vereinbarten PRSP-Mindestanforderungen – gesetzt. Die Effizienz des Mitteleinsatzes bleibt untergeordnetes Thema. Als Erfolg des Dialogprozesses kann bezeichnet werden, dass ein gemeinsames Ergebnis erzielt wurde. Ein Durchbruch war die Einigung über die Verteilung der HIPC-Mittel: 70 Prozent der Gelder soll nach Armutskriterien verteilt werden, die restlichen 30 Prozent zu gleichmäßigen Anteilen an die neun Departements. Die Kommunalverwaltungen werden für die Mittelverwaltung verantwortlich sein. Die Mittelverwendung soll auf lokaler Ebene durch die *comités de vigilancia*, Kontrollkommissionen der Bürger, in Zusammenarbeit mit Beiräten, die sich aus Vertretern der Zivilgesellschaft – wie z.B. Mütterzentren zusammensetzen –, durchgeführt werden. Auf departamentaler Ebene sollen Kontrollkomitees unter Schirmherrschaft der katholischen Kirche eingesetzt werden. Das Technische Sekretariat für den Dialog soll institutionalisiert werden, und nationale Dialoge sollen alle drei Jahre durchgeführt werden.¹¹⁾

Die Rolle der Municipien ist durch diese Entscheidungen (u.a. Verwaltung der Mittel auf kommunaler Ebene) deutlich betont worden. Statt von einer Ausweitung der Dezentralisierung zu sprechen, sollte allerdings bedacht werden, dass hier auf bereits bestehende Strukturen, die mit der Reform zur Bürgerbeteiligung 1994 geschaffen wurden, zurückgegriffen werden konnte. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob der Nationale Dialog in dieser Form überhaupt nötig war. Hätte man nicht einfach die seit Einführung der *participación popular* partizipativ erstellten Entwicklungspläne aus jeder Gemeinde auswerten und auf dieser Basis das PRSP erstellen oder zumindest die Inhalte der lokalen Entwicklungspläne in der Sozialen Agenda berücksichtigen können?¹²⁾

Die Veranstaltungen der Sozialen Agenda haben noch etwas deutlich gemacht: die politische Spitze besitzt nur geringe Legitimität in der Bevölkerung, die Parteien haben deutlich an Ansehen verloren. Die öffentlichen Institutionen und die politischen Parteien

11) Zu den Ergebnissen der Sozialen Agenda s.: Oscar Antezana, „Bolivia’s National Dialogue 2000 – The Social Agenda: Summary of Conclusions“, 4. September 2000, E-Mail-Version.

12) Vgl. Schulz-Heiss, „Dialogdialektik in den Anden“, ohne Seitenangabe.

wurden von den Vertretern der Zivilgesellschaft in starkem Maße in Frage gestellt.

Die Veranstaltung der Wirtschaftsagenda wurden in zwei Phasen durchgeführt: zunächst Foren mit Vertretern verschiedener Sektoren und Produktionszweige, deren Ergebnisse dann abschließend in einer nationalen Veranstaltung Ende August behandelt wurden. Folgende Themen wurden dabei herausgestellt, die in Zusammenhang mit der Wettbewerbsfähigkeit der bolivianischen Wirtschaft stehen: Produktionsförderung, Infrastruktur, internationale Wirtschaftsbeziehungen, Deregulierung, Steuersystem, Arbeitsgesetzgebung und Umwelt. Weiterhin wurden spezifische Fördermaßnahmen für die unterschiedlichen Sektoren gefordert.

Die Politische Agenda umfasste ebenfalls Veranstaltungen auf kommunaler, departamentaler und nationaler Ebene. Ferner sollte abschließend ein Gipfeltreffen stattfinden, um parteiübergreifend die Ergebnisse des Dialogs abzusichern. Der politische Dialog wurde aber nicht abgeschlossen.

Bolivien im Blockadezustand

Nach Monaten des Dialogs kam es in Bolivien im September nochmals zu schweren Unruhen. Die Schwierigkeiten begannen am 13. September mit einem Streik der Lehrer, die eine 50-prozentige Gehaltserhöhung forderten (Monatsverdienst ca. DM 200,-). Am nächsten Tag unterzeichneten sie einen Pakt mit der Kleinbauerngewerkschaft, die u.a. Kredite, Änderungen des Agrargesetzes und die Annullierung des Wassergesetzes von der Regierung verlangte. Der Pakt besagte, dass keine Gruppe ihre Proteste aufgeben würde, solange nicht auch die Forderungen der anderen Gruppen erfüllt worden seien. Am 18. September schlossen sich die Kokapflanzer aus dem Chapare an, die von der Regierung forderten, die Pläne zum Bau von drei Militärcasernen, von denen aus die vollständige Ausrottung der Koka bis 2002 durchgeführt und kontrolliert werden sollte, aufzugeben. Straßenverkäufer des informellen Sektors, Transportunternehmen und verschiedene andere Gruppen begannen ebenfalls Protestaktionen. Am 18. September wurde die Straße zwischen Cochabamba und Santa Cruz von Kokabauern blockiert, danach dehnten sich die Blockaden auf das

gesamte Land aus. Die wichtigsten Straßenverbindungen Boliviens waren für drei Wochen blockiert mit dramatischen Auswirkungen für die Lebensmittelversorgung in den Städten, starken Beschädigungen des ohnehin unzulänglichen Straßennetzes und einem großen wirtschaftlichen Schaden für das Land.

Die Regierung versuchte zunächst, mit Gewalt die Probleme zu lösen. Präsident Banzer rief das Militär zu Hilfe, um wieder Ordnung im Land zu schaffen. In den Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Militär starben zehn Menschen, über 130 wurden verletzt. Verhandlungen wurden anfangs nicht geführt. Hochrangige politische Entscheidungsträger waren abwesend. Innenminister Guillermo Fortún schloss am 21. September trotz des sich zuspitzenden Konflikts die neuerliche Ausrufung des Ausnahmezustands aus. Gleichzeitig lehnte er aber jeden Dialog mit den Bauern und den Kokapflanzern ab. An dieser Stelle griffen die Ombudsfrau, Ana María Romero de Campero, von Seiten der katholischen Kirche besonders der Bischof von El Alto, Mons. Jesús Juárez, und der Vorsitzende der Menschenrechtsorganisation Asamblea de los Derechos Humanos, Waldo Albarracín, ein und versuchten zwischen der Regierung und den protestierenden Gruppen zu vermitteln und Verhandlungen auf den Weg zu bringen. Die Mitwirkung dieser Vermittler war entscheidend für die Lösung der Konflikte.

Erste Verhandlungen und Einigungen

Am 29. September nahm die Regierung auf Drängen der Vermittler Verhandlungen mit den Lehrern (in La Paz) und den Kokabauern (in Santa Cruz) auf. Die Verhandlungen mit den Altiplano-Bauern begannen erst später, da ihr charismatischer und polemischer Anführer, Felipe Quispe, darauf bestand, dass die Gespräche in Achacachi, einem ca. 150 km von La Paz liegenden Dorf, seinem Stützpunkt, stattfinden sollten. Man einigte sich schließlich auf Verhandlungsgespräche in den Büros der Caritas in La Paz. Der *mallku*, in den neunziger Jahren Anführer der Guerilla-Organisation Ejército Guerrillero Túpac Katari, beschimpfte in der ersten Verhandlung einige Minister wegen des gewaltsamen Eingreifens des Militärs als „Blutsauger“ und „Schlächter“ und als *k'aras*, Weiße, die das Land verlassen sollten, da es der indi-

genen Bevölkerung gehöre, und verließ anschließend den Verhandlungstisch.

Die erste Einigung wurde mit den Lehrern aus dem ländlichen Raum erzielt. Sie sagten zu, am 2. Oktober den Unterricht wieder aufzunehmen. Mit der Regierung hatten sie sich auf den Erhalt eines jährlichen Bonus von ca. DM 100,- für die Erfüllung eines Pensums von 200 Arbeitstagen und eines weiteren Bonus von DM 400,- für das Bestehen eines Weiterbildungsexamens geeinigt. Mit dieser Einigung brachen die Lehrer aus den ländlichen Gebieten den Solidaritätspakt, den sie mit den anderen Protestgruppen, Kleinbauern und Kokapflanzern, geschlossen hatten. Dem Erziehungsminister, Tito Hoz de Vila, war es durch geschicktes Verhandeln gelungen, die Protestfront aufzubrechen. Allerdings erkannten einige Lehrer das Ergebnis nicht an, das ihre Vertreter erzielt hatten, und setzten den Streik fort.

Regierung, Kleinbauern und Lehrer erreichten schließlich am 5. Oktober mit Unterstützung der Vermittler Vereinbarungen. Die Lehrer konnten ihre Forderung nach einer Gehaltserhöhung nicht durchsetzen; es blieb bei den anfangs vom Erziehungsminister zugesagten Extra-Prämien. Gegenüber der Kleinbauerngewerkschaft gab die Regierung nach. Ihr wurde ein Forderungskatalog von fünfzig Punkten zugesagt, darunter die Annullierung des Wassergesetzes, das Gebühren für die Wassernutzung vorsah, die Reform des Agrargesetzes (Ley INRA) und die Bereitstellung von 3,8 Millionen Hektar Land für landlose Bauern, Entschädigungszahlungen für die Angehörigen der getöteten Demonstranten und für die Verletzten und die Zusage, die Kokaanpflanzungen für den traditionellen Gebrauch in den Yungas nicht auszurotten. Der Katalog wurde am 7. Oktober unterschrieben. Felipe Quispe gab der Regierung zur Erfüllung der fünfzig Punkte eine Frist von neunzig Tagen, also bis zum 7. Januar 2001. Würden die Forderungen bis dahin nicht erfüllt, sei mit neuen Protesten und Blockaden zu rechnen. Die Bauern und Lehrer sagten zu, ihre Blockaden aufzuheben.

„Cocaleros“ bleiben hartnäckig

Die Räumung der Straßen und der Rückzug des Militärs begannen noch am selben Tag, allerdings noch

nicht im Chapare, da mit den „coccaleros“ noch keine Einigung erzielt worden war. Evo Morales, Anführer der Kokapflanzer und Parlamentsabgeordneter, zeigte eine völlig unnachgiebige Haltung, die bei den Campesinos nicht mehr auf Verständnis stieß. Daher hatten sie ihre Verhandlungen mit der Regierung abgeschlossen; Evo Morales blieb mit seinen radikalen Forderungen isoliert.

Am 14. Oktober kam es schließlich zu einem Abkommen, das eher als Waffenstillstand zu bezeichnen ist. Sowohl die Regierung als auch die Kokapflanzer behielten ihre Position bezüglich des Kokaanbaus bei, d.h. die Regierung wollte ihr Ausrottungsprogramm fortsetzen, und die Pflanze beharrten auf der Fortsetzung des Anbaus. Nur durch Streichung des zentralen Themas, der Ausrottung der Koka, wurde die Unterzeichnung des Abkommens möglich. Die Regierung gab im Punkt des Baus der Militärkasernen nach. Ferner räumte sie den „coccaleros“ weitgehende Mitspracherechte bei der Verwaltung der Mittel zur Förderung des Anbaus von alternativen Produkten ein. Der Konflikt ist letztlich nur vertagt worden, da Präsident Banzer bestätigte, dass die Vernichtung der Kokapflanzungen uneingeschränkt fortgesetzt werde (wie auch die US-Botschaft ausdrücklich forderte).

Politische Herausforderungen und wirtschaftliche Schäden

In den Auseinandersetzungen vom September trat die Kluft zwischen Stadt und Land deutlich zu Tage. Teile besonders der ländlichen Bevölkerung stellten das politische und wirtschaftliche System in Frage, das ihre Probleme nicht gelöst hat. Vor allem indigene Gruppen sind von einer wirklichen politischen Beteiligung ausgeschlossen. Die bolivianische Regierung war in den Verhandlungen mit den verschiedenen Interessengruppen wiederum ein schwacher Partner. Sie hatte insgesamt 111 Versprechen gegeben, die es nun einzulösen galt. Im Fall der Änderung des Agrargesetzes zeichneten sich dabei neue Konfliktherde ab, weil dadurch Interessen der indigenen Bevölkerung des Tieflandes und der Landbesitzer angegriffen würden. Diese meldeten bereits ihren Widerstand an.

Die mehr als dreiwöchigen Blockaden führten zu einem wirtschaftlichen Verlust von ca. 150 Millionen US-Dollar und brachten zwei Sektoren an den Rand

des Konkurses: den Bereich der Geflügelzucht und den Transportsektor. Die Geflügelindustrie erlitt im September einen Verlust von etwa elf Millionen US-Dollar. Allein die Kleinindustrie musste 4500 Arbeiter entlassen. Exportverträge konnten nicht eingehalten werden und schädigten die Glaubwürdigkeit bolivianischer Unternehmer im Ausland erheblich.

Angesichts der politischen Strukturkrise des Landes wurden Forderungen nach der Einberufung einer *constituyente*, einer verfassungsgebenden Versammlung, von unterschiedlichen Seiten laut. Der kurz vorher entlassene Strafrichter Alberto Costa Obregón versammelte am 17. Oktober auf einem zentralen Platz in La Paz 3000 Menschen, um eine verfassungsgebende Versammlung zu fordern. Dasselbe verlangte der Bürgermeister von La Paz, Juan del Granado (Movimiento sin Miedo / MSM). Die Regierung und die wichtigsten im Parlament vertretenen Parteien sprachen sich jedoch energisch gegen diese Maßnahme aus. Die Einberufung einer *constituyente* ist nach Ansicht von Verfassungsrechtlern in der Verfassung nicht vorgesehen.

Die fünfte Kabinettsumbildung der Regierung Banzer

Am 20. Oktober erfolgte die fünfte Kabinettsumbildung der Regierung Banzer. Das Finanzministerium ging auf Drängen der Unternehmervverbände von Ronald MacLean (ADN) auf José Luis Lupo (MIR) über, der zuvor das Wirtschaftsministerium geleitet hatte. MacLean übernahm das Ministerium für Nachhaltige Entwicklung, das in der Regierung Banzer eher ein Schattendasein führte. Minister für Außenhandel wurde Claudio Mansilla (ADN), Vertreter der Unternehmer aus Santa Cruz. Das Justizministerium gelangte mit dem ehemaligen Arbeitsminister Luis Vásquez in die Hände des MIR; der Vorgänger gehörte der *Unión Cívica Solidaridad* (USC) an. Als Neuerung wurde ein Ministerium für ländliche Angelegenheiten und indigene Völker (*Ministerio de Asuntos Campesinos, Pueblos Indígenas y Originarios*) geschaffen, das einige Tage später mit Wigberto Rivera (MIR) besetzt wurde. Dieses Ministerium sollte die Gespräche mit der Kleinbauerngewerkschaft führen. Der ehemalige Vizepräsident Boliviens, Víctor Hugo Cárdenas, Aymara, kritisierte die Ein-

führung dieses Ministeriums als Rückfall in die diskriminierende Politik der Kolonialzeit. Außerdem gab es bereits ein für diese Fragen zuständiges Vizeministerium. Das zahlenmäßige Kräfteverhältnis der parteipolitischen Aufteilung der Ministerien blieb zunächst gleich, gab dem MIR durch die Übernahme des Finanzministerium jedoch mehr Macht und verschob sich dann mit der Ernennung des Ministers für ländliche Angelegenheiten auch zahlenmäßig zugunsten des MIR.

Die Kleinbauern – harte Verhandlungspartner und politische Kraft

Am 14. November, dem 219. Jahrestag der Hinrichtung des letzten vorrepublikanischen Aimaraführers Tupac Katari, gründete Felipe „Mallku“ Quispe die politische Partei Movimiento Indígena Pachakuti (MIP). In der Gründungsveranstaltung wurden die traditionellen Parteien scharf angegriffen, die aus den ländlichen Zonen verbannt werden sollten. Auf dem Weg über die Urnen solle die derzeitige Regierung gestürzt werden, und falls das nicht möglich sei, mit Waffengewalt. Noch ist fraglich, ob mit dieser Parteigründung die außerparlamentarische Kleinbauernbewegung in das bestehende Parteiensystem eingebunden und damit befriedet wird, oder ob es sich von Seiten der Campesinos um eine Nutzung aller möglichen Wege handelt.

Am 7. Dezember, sechzig Tage nach Unterzeichnung der Vereinbarung zwischen Campesinos und der Regierung, setzten sich die beiden Parteien mit ihren Vermittlern zusammen, um den Stand der Umsetzung der fünfzig Forderungen zu überprüfen. Alle Seiten zeigten sich grundsätzlich zufrieden, da bereits 38 der Punkte (zumindest auf dem Papier) erfüllt worden waren. Allerdings standen die „großen“ Themen, wie z.B. das Agrargesetz und die Vernichtung der Kokapflanzungen in den Yungas, noch auf der Agenda. Da die Fortschritte zufriedenstellend waren, konnten die Bolivianer einem Jahresende ohne Protestaktionen entgegensehen.

„Coca cero“ – Vernichtung illegaler Kokapflanzungen fast abgeschlossen

Im Beisein des Botschafters der USA in Bolivien, Manuel Rocha, verkündigte Präsident Banzer am

19. Dezember den Abschluss der Aktion zur Ausrottung der illegalen Kokapflanzungen. Ursprünglich war ein größerer Festakt aus Anlass dieses Ereignisses geplant, aber kurz vorher war durch Satellitenaufnahmen der USA herausgefunden worden, dass noch 600 Hektar illegaler Pflanzungen im Chapare existierten. Daher wurde der Festakt verschoben und nur eine kleine Feierstunde veranstaltet. Seit 1997 waren 43 000 Hektar vernichtet worden, wozu der US-Botschafter Bolivien ausdrücklich beglückwünschte. Der Präsident verwies in seiner Ansprache auf die hohen wirtschaftlichen und sozialen Kosten der Koka-ausrottung und verband dies mit Forderungen an die USA, die Vereinten Nationen und die Europäische Union, nun weitere Gelder für Entwicklungsmaßnahmen zur Verfügung zu stellen. Die USA hatten im Laufe des Jahres zusätzlich 110 Millionen US-Dollar zugesagt, da Bolivien die Vernichtung der Koka planmäßig durchgeführt hatte.

Regierungskrise durch Rücktritt des Präsidialamtsministers

Am 13. Januar 2001 trat Wálter Guiteras, Präsidialamtsminister und einer von Banzers engsten Gefolgsleuten, im Zusammenhang mit einem Familienstreit und angeblicher Beamtenbestechung von seinem Amt zurück. Mit dem Rücktritt von Guiteras, der Banzers volles Vertrauen genossen hatte, wurde eine bedeutende Machtkonzentration innerhalb der Regierung aufgelöst. Guiteras war Vorsitzender der Koalitionskommission, hatte die Aufsicht über sämtliche Präfekturen, überwachte die Fortschritte und Ergebnisse des Nationalen Dialogs und bereitete die Verfassungsreform vor. Einen Monat vor seinem Rücktritt hatte Präsident Banzer ihm die Bildung einer „Frühwarngruppe“ übertragen, die im Falle des Ausbrechens neuer Konflikte Aktionen der Regierung vorbereiten sollte. Mit Antritt des Nachfolgers, Marcelo Pérez Monasterios, kam es zu einer Verteilung der Aufgaben und damit einer Auflösung der Machtanhäufung im Präsidialamtsministerium. Eine Folge des Sturzes von Guiteras war die stärkere Präsenz des Vizepräsidenten, Jorge Quiroga, bei Regierungsentscheidungen.

Zeitgleich mit der Regierungskrise traten neue Proteste und Streiks auf, denen die Regierung nicht

mit der entsprechenden Handlungsfähigkeit entgegentrat. Ärzte, Gewerkschaftsmitglieder, Rentner und der Transportsektor forderten Erhöhungen ihrer Gehälter bzw. Pensionen und die Rücknahme einer neu eingeführten Kraftfahrzeugversicherung. Den Rentnern wurde nach wochenlangen Verhandlungen die Erhöhung ihrer Renten zugesagt. Diese wurde aber wenige Tage später wieder reduziert, da die Verhandlungspartner auf Regierungsseite ihr Angebot mit dem zuständigen Minister nicht abgesprochen hatten. Selbstverständlich führte dies zu allgemeiner Unzufriedenheit in der Bevölkerung und einem neuartigen Vertrauensschwund in die Regierung.

Vorschlag des Präsidenten zur Verfassungsreform

Am 14. Februar 2001 trat Präsident Banzer überraschend mit einem Vorschlag zur Verfassungsreform an die Öffentlichkeit, mit dem er eine landesweite Diskussion der Reform anstoßen wollte.¹³⁾ Der Vorschlag umfasst fünfzig Punkte, in denen konkrete Neuformulierungen verschiedener Artikel aufgeführt sind. Die Änderungen beziehen sich auf sämtliche Bereiche der Verfassung. U.a. wird Folgendes vorgeschlagen:

- Die Parlamentarier werden zu 200 Sitzungstagen (Arbeitstagen) pro Jahr verpflichtet.
- Die Immunität der Abgeordneten wird eingeschränkt.
- Überhangmandate werden eingeführt.
- Die Gesetzgebungsinitiative kann unter bestimmten Bedingungen von den Bürgern ausgehen.
- Die Prinzipien der Nachhaltigkeit und des Umweltschutzes werden in die Verfassung aufgenommen.
- Bürgerinitiativen können Kandidaten für das Präsidenten- und Vizepräsidentenamt und für Mandate im Abgeordnetenhaus und Senat aufstellen, müssen allerdings in ihrer Organisation dieselben Voraussetzungen wie Parteien erfüllen.

In der Einleitung seines Vorschlags äußerte sich der Präsident eindeutig zur Art und Weise der Reformierung der Verfassung: die einzig mögliche und legitime Vorgehensweise sei die in der Verfassung genannte.¹⁴⁾ Damit schloss er die von verschiedenen Akteuren geäußerten Forderungen nach einer verfassunggebenden Versammlung oder einer Volksbefragung

13) Vgl. Ministerio de Justicia y Derechos Humanos, Programa de Reformas Constitucionales, PNUD, PRONAGOB (Hg.), *Agenda de la Reforma Constitucional para la Participación Ciudadana: Propuesta* (Bolivia, Februar 2001).

14) Um eine Verfassungsreform durchzuführen, muss in Bolivien in einer Legislaturperiode ein Gesetz über die Notwendigkeit der Reform mit Inhalten verabschiedet werden (Ley de Necesidad de la Reforma). In der folgenden Legislaturperiode müssen dann die Reformen vom Kongress beschlossen werden. Das Gesetz sollte möglichst im Jahr 2001 verabschiedet werden, da anschließend die Verständigung über die Reform zwischen den politischen Akteuren auf Grund des beginnenden Wahlkampfes für die Wahlen 2002 immer schwieriger werden wird.

deutlich aus. Von verschiedenen Analysten wurde geäußert, dass der Präsident mit seinem Vorschlag Führungsstärke in einem Themenbereich der politischen Agenda zeigen und die öffentliche Diskussion von den sozialen Unruhen ablenken wollte. Ein Anstoß der Verfassungsreformdiskussion war allerdings dringend nötig, da der Wille zur Reform von allen Seiten zwar beteuert wurde, von Seiten der Legislative aber kaum Initiative ausging. Die Zeit drohte langsam knapp zu werden.

... und die Entschuldung folgt

Das bolivianische Papier zur Armutsbekämpfung wurde am 19. Februar vorgelegt. Folgende Hauptziele sollen laut PRSP bis 2015 erreicht werden:

- die Armut soll um mindestens ein Drittel vermindert werden (von 62 auf 41 Prozent)
- die extreme Armut soll um wenigstens 50 Prozent verringert werden (von 36 auf 17 Prozent)
- der Anteil der Bevölkerung mit einer mindestens achtjährigen Schulbildung soll von 51 auf 67 Prozent erhöht werden
- die durchschnittliche Lebenserwartung soll von 62 auf 69 Jahre gesteigert werden.

Die Strategie stützt sich dabei auf vier Pfeiler:

- die Ausweitung von Beschäftigungsmöglichkeiten (u.a. Förderung kleiner und mittlerer Unternehmer / Produzenten, Verbesserung der Infrastruktur)
- die Verbesserung von Fähigkeiten (u.a. Bildung, Gesundheit, Zugang zu Wasser)
- die Erhöhung der Sicherheit (u.a. Rechte von Kindern und Senioren, Besitzrechte, Katastrophenschutz)
- die Erweiterung der Partizipation (u.a. Ausweitung der Bürgerbeteiligung, Dezentralisierung).

Den Munizipien wird in der Armutsbekämpfungsstrategie eine tragende Rolle eingeräumt. Sie werden die Mittel aus der HIPC-Initiative erhalten und verwenden. Die Mittelverteilung soll nach Armutskriterien erfolgen. Die Strategie sieht ferner die erweiterte Übertragung der Verantwortung für die Bereiche Gesundheit und Erziehung auf die Munizipien vor. Bisher waren die Gemeinden bereits für die Infrastruktur in beiden Bereichen zuständig. Nun sollten sie auch die Verantwortung für Personal und Verwaltung

übernehmen. Der bolivianische Städte- und Gemeindeverband wehrte sich allerdings gegen diese Verantwortung mit dem Hinweis auf fehlende Kapazitäten in den Munizipien. Dieser Vorschlag wurde letztlich nach Protestmaßnahmen betroffener Sektoren von der Regierung zurückgenommen.

Am 8. Juni erklärten die Weltbank und der Internationale Währungsfond den *completion point* der HIPC-Initiative für Bolivien erreicht. Bolivien gelangte damit als zweites Land weltweit, nach Uganda, und als erstes lateinamerikanisches Land an dieses Ziel.¹⁵⁾ Der Erlass im Rahmen der laufenden HIPC-Initiative sieht für Bolivien die Streichung von 1,3 Milliarden US-Dollar im Laufe der nächsten fünfzehn Jahre vor, was die Ende 1998 bestehende Auslandsschuld um 30 Prozent reduziert. Weiterhin ist ein vollständiger Erlass der deutschen bilateralen Schulden in Höhe von 670 Millionen DM FZ-Schulden und 24 Millionen DM Handelsforderungen vorgesehen. Das bedeutet, dass in den kommenden fünfzehn Jahren im bolivianischen Staatshaushalt jährlich ca. 90 Millionen US-Dollar für Maßnahmen zur Armutsbekämpfung frei werden.¹⁶⁾ Die Erfolge der bolivianischen Armutsbekämpfungsstrategie bleiben abzuwarten. Die Implementierung steht noch aus.

15) In Lateinamerika zählen ferner Guyana, Honduras und Nicaragua zu den HIPC-Ländern.

16) Vgl. www.ixpos.de/laender_und_branchen.

Die Besetzung der Wahlgerichtshöfe – Spannungen zwischen Regierung und MNR

Bis vor ungefähr zwei Jahren war eine Verständigung zwischen Regierung und MNR, der größten Oppositionspartei, im Zusammenhang mit Gesetzesvorhaben noch möglich gewesen. Diese Fähigkeit zur Konzentration war im Jahr 2000 wegen der heftigen Kritik des MNR am Krisenmanagement der Regierung zerbrochen. Der Bruch der Beziehungen fand seinen Höhepunkt in der Wahl der Mitglieder der Wahlgerichtshöfe, die die Durchführung der Wahlen vorbereiten und überwachen. Die Regierungsparteien und die Oppositionsparteien NFR und CONDEPA hatten sich vorher über die Auswahl der Mitglieder verständigt und damit die politischen Übereinkünfte von 1992 gebrochen, nach denen bestimmte Ämter, darunter die der Mitglieder der Wahlgerichtshöfe, im Konsens zwischen Regierung und Opposition besetzt werden sollten.

Obwohl laut Wahlgesetzgebung die Wahlgerichtshöfe von parteiunabhängigen Mitgliedern besetzt werden müssen, waren viele der neu gewählten Amtsträger aktive Mitglieder der an der Absprache beteiligten Parteien. Damit war die Sauberkeit der kommenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen aus Sicht des MNR nicht mehr gewährleistet. Einen Dialog mit der Regierung, den ADN ab März d.J. auf Grund der innenpolitischen und koalitionsinternen Probleme suchte, knüpfte der MNR von da an an die Bedingung, die Besetzung der Wahlgerichtshöfe neu vorzunehmen. Anfang April sandten Präsident Banzer und Vizepräsident Quiroga Signale aus, dass die Besetzung der Wahlgerichtshöfe einer Revision unterzogen werden könnte. Zunächst wurde dem MNR die Vergrößerung des nationalen Wahlgerichtshofs von fünf auf sieben Mitglieder angeboten, wobei die zwei neuen Mitglieder vom MNR ausgesucht werden könnten. Dies lehnte der MNR allerdings mit Hinweis darauf ab, dass dies dann eine weitere unkorrekte Absprache im Zusammenhang mit den Wahlgerichtshöfen wäre.

„Otro abril“ – noch ein April!

Im Monat April begannen neue Protestmärsche, Unruhen und Streiks. Allgemein wurde eine Neuauflage der Ereignisse vom April des vergangenen Jahres erwartet. Der Gewerkschaftsverband COB rief zu Protesten und Hungerstreiks auf, der *mallku* kündigte neue Blockaden der Campesinos an, und die Coordinadora de Defensa del Agua und die Kokapflanzer aus dem Chapare bereiteten ebenfalls Protestaktionen vor. Ziele waren die Erfüllung der Abkommen mit der Regierung vom vergangenen Jahr, Gehaltserhöhungen, Senkung der Preise für Wasser und Strom, Beendigung der Ausrottung der Koka im Chapare und in den Yungas, Nicht-Übertragung der Verantwortung für Gesundheit und Erziehung auf die Municipien etc.

Anlässlich der Eröffnung des 9. Kongresses der Kleinbauerngewerkschaft kündigte Felipe Quispe an, mit Unterstützung von Aymaras, Quechuas und Guaraníes in das Regierungsgebäude einzuziehen, eine eigene Regierung zu errichten und die „Weißen“ in ihre Länder, die Kolonialmächte, zurückzuschicken. Der Kongress beschloss, den Namen der Klein-

bauerngewerkschaft in Confederación Sindical Unica de Trabajadores Campesinos, Indígenas y Originarios de Bolivia umzuändern und nahm somit das Konzept der indigenen Herkunft in die Bezeichnung auf. Die Abschaffung des Decreto Supremo 21060 von 1985, mit dem die Modernisierung der bolivianischen Wirtschaft eingeleitet worden war (Maßnahmen zur Senkung der Hyperinflation und zur Reaktivierung der Wirtschaft), wurde bis Ende April gefordert, ebenso die Rücknahme der Privatisierung der staatlichen Unternehmen.

Angesichts der teilweise extremen Forderungen der Protestgruppen war ein Dialog mit der Regierung von vornherein schwierig, die Erfüllung aller Forderungen aussichtslos. Es kam daher erneut zu Blockaden, Streiks und Demonstrationen. Diese nahmen jedoch nicht das befürchtete und angekündigte Ausmaß an und endeten vorerst bereits Anfang Mai. Dies ist nicht auf Verhandlungserfolge der Regierung zurückzuführen, sondern eher auf die Zersplitterung der Protestbewegungen und die Rivalität zwischen Evo Morales, dem Anführer der Kokapflanzer, und Felipe Quispe, dem Anführer der Kleinbauern des Altiplano. Gerüchte besagten ferner, dass der *mallku*, der angeblich dem MIR nahesteht, von dieser Partei mit einer Finanzspritze überzeugt worden sei, die Maßnahmen nicht auszuweiten.

Rücktrittsforderung an Präsident Banzer

Nach Auffassung des MNR befand sich die bolivianische Wirtschaft im April vor dem Zusammenbruch und die Demokratie war durch die neuen sozialen Unruhen stark gefährdet. Einen Ausweg aus der aussichtslosen Situation sah der MNR im Rücktritt des Präsidenten. Am 20. April 2001 forderte der MNR daher den Rücktritt von Banzer und die Übernahme der Präsidentschaft durch den Vizepräsidenten, wie laut Verfassung vorgesehen. Der neue Präsident solle dann einen Konzertationsprozess einleiten, um das Land aus der Wirtschaftskrise zu führen, die Korruption auszurotten und saubere Wahlen durchzuführen. Der MNR würde bei diesem Prozess volle Unterstützung leisten.¹⁷⁾

Die Rücktrittsforderung, die zu einem anderen Zeitpunkt möglicherweise Unterstützung von verschiedenen Seiten gefunden hätte, wurde zu einem

17) Vgl. *La Razón*, S. A 12, 21. April 2001.

ungünstigen Termin geäußert und führte daher letztlich zur gegenteiligen Wirkung: Präsident Banzer befand sich zur Zeit der Forderung auf dem Gipfeltreffen der amerikanischen Staaten in Kanada. Nach Bekanntwerden der Rücktrittsforderung versicherten die USA und die Organisation Amerikanischer Staaten Präsident Banzer sofort ihre volle Unterstützung und wiesen die Forderung energisch zurück. Außer der Partei MBL (Movimiento Bolivia Libre) schloss sich niemand der Idee des MNR an. Die Defensora del Pueblo kritisierte die Forderung, und selbst der Unternehmerverband und die Protestgruppen schlossen sich dem MNR nicht an. Die Partei hatte sich letztlich mit ihrer Forderung isoliert.

„Acta de Entendimiento“ – die katholische Kirche vermittelt wieder

Ende April ergriff die katholische Kirche angesichts der ausweglosen Situation erneut die Initiative und lud Vertreter der Regierung, aller politischen Parteien und der sozialen Bewegungen zu einem nationalen Treffen ein. In einer gemeinsam zu erarbeitenden Willenserklärung (Acta de Entendimiento) sollten Lösungswege für die strukturellen und konjunkturellen Probleme des Landes vereinbart werden. Als grundlegende Fragen für das Treffen nannte die Kirche die Wirtschaftskrise, die Korruption, die Verfassungsreform, die Transparenz der kommenden Wahlen und die Antworten auf die noch offenen Forderungen verschiedener Sektoren und die noch unerfüllten Vereinbarungen, die mit den Protestgruppen getroffen worden waren.

Als Frist für die Unterzeichnung der Willenserklärung hatte die Kirche den 15. Juni gesetzt. Die Besetzung der Wahlgerichtshöfe war allerdings ein Thema, bei dem zunächst keine Einigung zwischen Regierung und MNR erzielt werden konnte. Daran drohte der gesamte Dialog zu scheitern. In der Nacht zum 15. Juni konnte dann doch diese Frage gelöst werden. Die Kirche hatte vorgeschlagen, dass die 41 im Februar gewählten Mitglieder der Wahlgerichtshöfe zurücktreten und so den Weg zu einer Neubesetzung frei machen könnten. Präsident Banzer griff diesen Vorschlag auf und nahm ihn nach Absprache mit seinen Koalitionspartnern an.

Am 20. Juni unterzeichneten die Parteien und die katholische Kirche die Acta de Entendimiento, in der vereinbart wurde, Lösungen für die aktuelle Krise des Wahlsystems zu finden, die Wirtschaft durch Notmaßnahmen zu reaktivieren und das Gesetz zur Notwendigkeit der Verfassungsreform zu verabschieden. Eine Woche später unterzeichneten 25 Organisationen der Zivilgesellschaft – ebenfalls mit der Kirche – ein Zusatzdokument zur Unterstützung der Acta de Entendimiento und forderten gleichzeitig darin ihre Beteiligung an den nun folgenden Beratungsprozessen.

Auf neuerliches Drängen der Kirche nahmen die ersten beiden Kommissionen, deren Einsetzung vereinbart worden war, Anfang Juli ihre Arbeit auf. Es handelte sich dabei um die Kommissionen zur Wahlgesetzgebung und zur Wirtschaftskrise. Die Wahlgesetzgebung wurde im Hinblick auf die Besetzung der Wahlgerichtshöfe geändert. Die Mitgliedszahl des Corte Electoral Nacional wurde von fünf auf sieben erhöht, und die Mitglieder wurden vom Kongress neu gewählt. Anschließend wurden die Mitglieder der Cortes Electorales Departamentales nach der geänderten Gesetzgebung vom Nationalen Wahlgerichtshof bestimmt. Ein Punkt der Willenserklärung war damit erfolgreich abgeschlossen.

Die Proteste beginnen erneut

Im Juni brachen erneut Proteste unzufriedener Bevölkerungsgruppen auf. Der Transportsektor streikte, Kleinkreditnehmer demonstrierten und nahmen Geiseln in der Bankenaufsicht, um ihren Forderungen nach Schuldenerlass Nachdruck zu verleihen, pensionierte Lehrer, Gewerkschafter und andere Gruppen brachten mit ihren Märschen den Verkehr in La Paz zum Erliegen. Ab dem 21. Juni rief der *mallku* erneut zur Blockade des Altiplano um La Paz auf. Die Methode des *Plan Pulga* (Plan Floh) bestand wiederum darin, die Straßen durch Verteilung von Steinen und Schrott unpassierbar zu machen und, sobald vom Militär die Straßen geräumt waren, wieder zu blockieren. Die organisierten Campesinos verhinderten, so weit möglich, den Verkauf der Agrarprodukte in El Alto und La Paz. Die Tourismusbranche des Altiplano, z.B. in Copacabana, war für ihre Kunden wochenlang unerreichbar und geriet

an den Rand des Zusammenbruchs. Wieder kam es zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen Militär und protestierenden Kleinbauern.

Die Kirche und die Menschenrechtsorganisation waren wiederum zur Vermittlung aufgerufen. Regierung und Kleinbauerngewerkschaft zeigten sich zwar auf Initiative der Vermittler hin bereit zu Verhandlungen, knüpften diese jedoch gleichzeitig an formelle Bedingungen wie Verhandlungsort etc., die den tatsächlichen Beginn der Verhandlungen erschwerten. Mitte Juli schien der Dialog in weite Ferne zu rücken, denn Felipe Quispe, Evo Morales, der Anführer der Kokapflanzer, und Oscar Olivera als Vertreter der Coordinadora del Agua, schlossen einen strategischen Pakt, um durch gemeinsame Aktionen ihre Forderungen durchzusetzen. Im Falle des Abgeordneten Evo Morales kam als persönliches Motiv die Verhinderung der Aufhebung seiner Immunität hinzu, die in die Sieben-Punkte-Liste der Übereinkunft aufgenommen wurde. Die anderen Punkte umfassten die Abschaffung des weiter oben bereits genannten Decreto Supremo 21 060, die Aufhebung der Ley 1008, des Gesetzes zur Ausrottung der Koka und gegen den Drogenhandel, den Widerstand gegen die erweiterte Verantwortung der Municipios für Gesundheit und Erziehung, die Abschaffung des Agrargesetzes und die Ablehnung der neuen Steuer-gesetzgebung. Zur Schließung des Paktes wurden überraschenderweise persönliche Differenzen zwischen Quispe und Morales beiseitegelegt. Ein Grund für den Pakt der drei Anführer, die wegen ihrer radikalen Maßnahmen langsam an Rückhalt in der Bevölkerung verloren, mag die Notwendigkeit einer neuen Demonstration ihrer Stärke gegenüber ihren Anhängern gewesen sein.¹⁸⁾

18) Iván Arias, „Quispe, mito o realidad?, *La Razón*, 18. Juli 2001, S. A 7.

Ihre entscheidende Wendung auf dem Weg zur Einigung nahmen die Ereignisse, als Leopoldo Fernández, Senatspräsident, in den Konflikt eingriff. Die Verhandlungen des Innenministers, Guillermo Fortún, eines Vertrauten von Banzer, waren wenig erfolgreich gewesen. Seine Strategie aus Verhandlungsangeboten und Ausübung von Druck durch Militäreinsatz hatte letztlich nicht zum gewünschten Ergebnis geführt. Ferner wurde die gegenseitige Abneigung zwischen *mallku* und Fortún offen ausgesprochen. Leopoldo Fernández ergriff seine Chance,

als er im Juli wegen eines Auslandsaufenthalts von Präsident Banzer und Vizepräsident Quiroga für drei Tage die Geschäfte des Präsidenten führte. Als Teil der Exekutive nahm er persönlich Gespräche mit Quispe auf und konnte ihn nach einem knappen Monat von Blockaden zur Beendigung der Proteste bewegen. Ein Vorvertrag wurde unterzeichnet, dem am 23. August ein Abkommen zwischen Regierung und Kleinbauerngewerkschaft folgte.

Das siebzig Punkte umfassende Abkommen beinhaltete u.a. eine finanzielle Unterstützung der Regierung für die ländliche Entwicklung in Höhe von 47 Millionen US-Dollar, elf Millionen US-Dollar für Kleinkredite zugunsten der Kleinbauern, Kreditvergabe für den Kauf von tausend Traktoren, Verbesserung des Straßennetzes in zwanzig Provinzen und die Ausweitung der Stromversorgung. Der *mallku* ließ im Gegenzug seine von Anfang an unverhandelbaren Forderungen, wie die Abschaffung des Dekrets 21060, fallen. Felipe Quispe erhielt aus Teilen der eigenen Gewerkschaft scharfe Kritik, da das Abkommen lediglich den Kleinbauern des Altiplano Vorteile brachte, andere Regionen aber überhaupt nicht berücksichtigte.

■ Chronologie des Rücktritts von Präsident Banzer

Erkrankung Banzers und Rücktritt

Seit dem 1. Juli – mit einer kurzen Unterbrechung wegen seines Rücktritts – hält sich General Hugo Banzer in Washington auf, wo er wegen einer Krebserkrankung im Militärhospital Walter Reed behandelt wird. Von Anfang an war sein Gesundheitszustand deutlich ernster als zunächst offiziell zugegeben. Ein Rücktritt wurde in den ersten Wochen von engsten Familienangehörigen und nahestehenden Regierungsmitgliedern gänzlich ausgeschlossen. Der engste Umkreis des Präsidenten mag ihn in seinem Zögern bestärkt haben aus Sorge vor dem drohenden Machtverlust.

Mit Blick auf die anhaltend schwierige politische Lage des Landes – vor allem wegen der Proteste der Kleinbauern – forderte der Unternehmerverband am 26. Juli offiziell den Rücktritt Banzers. Andere Gruppen, Politiker und Analysten hatte sich ebenfalls für

einen Rücktritt Banzers ausgesprochen, um die herrschende Unsicherheit zu beenden und ein drohendes Machtvakuum zu verhindern. Die erste öffentliche Rücktrittsforderung kam Mitte Juli von der NFR, einer besonders in Cochabamba einflussreichen Partei, deren Vorsitzender ein Bündnis mit Banzer zwecks Unterstützung einer eigenen Präsidentschaftskandidatur geschlossen hatte, das aber im vergangenen Jahr zerbrochen war.

Am 27. Juli, nach einem Besuch bei Banzer in Washington, erklärte der Informationsminister, Manfredo Kempff, dass Präsident Banzer am 6. August, dem Unabhängigkeitstag, zurücktreten wolle. Der Präsident werde zu den Feierlichkeiten in die Hauptstadt Sucre kommen und dort seine Entscheidung verkünden.

Am Abend des 30. Juli wurde überraschend eine Ansprache Banzers von eineinhalb Minuten im bolivianischen Fernsehen gesendet, in der er seinen geplanten Rücktritt aus gesundheitlichen Gründen bestätigte. Von großen Teilen der bolivianischen Bevölkerung wurde der Fernsehauftritt bereits als Abschied des Präsidenten von seinem Land gedeutet. Er kam jedoch anlässlich der Feierlichkeiten des Unabhängigkeitstages nach Bolivien und verkündete am 6. August seinen Rücktritt. Seinem Nachfolger sicherte er seine volle Unterstützung zu.

General Banzer: Diktator und Demokrat

Hugo Banzer Suárez wurde als Nachfahre deutscher Einwanderer 1926 in Concepción im tropischen Tiefland von Bolivien geboren. Banzer absolvierte eine erfolgreiche Militärkarriere und bekleidete sein erstes Regierungsamt als Erziehungsminister im Kabinett General René Barrientos von 1964 bis 1966. 1971 gelangte er durch einen Militärputsch an die Macht. Seine Präsidentschaft, eine Militärdiktatur, dauerte bis 1978. 1989, ein Jahr nachdem er in demokratischen Wahlen erneut ins Präsidentenamt gelangt war, wurde ihm vorgeworfen, in den siebziger Jahren am sogenannten *Plan Cóndor*, dem Abkommen südamerikanischer Diktatoren zwecks grenzübergreifender gewalttätiger Unterdrückung politischen Widerstands, beteiligt gewesen zu sein.

Im Jahr 1979 gründete Banzer die Partei Acción Democrática Nacionalista, deren Vorsitz er bis heute

innehat, mit dem Ziel, auf demokratischem Weg erneut an die Macht zu kommen. Nach mehreren erfolglosen Versuchen gelang ihm dies schließlich im Jahr 1997 mit Hilfe einer breiten Koalition unter Beteiligung der Parteien MIR, UCS und CONDEPA, die jedoch schon im Folgejahr bröckelte.

In seiner Abschiedsrede am 6. August 2001 rechtfertigte Banzer die Menschenrechtsverletzungen in seiner ersten Regierungszeit, die wegen der außer Kontrolle geratenen politischen Gewalt notwendig gewesen seien. Er strecke die Hand denjenigen zur Versöhnung aus, denen er durch die Maßnahmen Schaden zugefügt habe. Die sieben Jahre seiner Amtszeit seien „positiv für Bolivien“ gewesen. Anschließend hob er die Erfolge seiner zweiten Amtszeit hervor, zu denen er folgende zählte: Festigung der Demokratie, Fortschritte im regionalen Integrationsprozess, Reformierung und Modernisierung der Justiz, Vernichtung der illegalen Kokapflanzungen, Durchführung der Nationalen Dialoge, Erreichung des Entschuldigungsabkommens.

Am Ende der Regierungszeit Banzers ist jedoch eine weit verbreitete Unzufriedenheit mit den Ergebnissen seiner Amtszeit in der Bevölkerung festzustellen. Der Regierung Banzer fehlten schlüssige politische und wirtschaftliche Konzepte. Den weiter oben dargestellten Konflikten und politischen und wirtschaftlichen Problemen des Landes, die die beiden letzten Jahre der Präsidentschaft Banzers kennzeichneten, stand die Regierung in weiten Teilen handlungs- und entscheidungsunfähig gegenüber. Eine in den meisten Fällen nur kurzfristige Lösung der verschiedenen Konflikte wurde mit Hilfe der Ombudsfrau, der katholischen Kirche und der bolivianischen Menschenrechtsorganisation Asamblea de los Derechos Humanos erzielt. Die Regierung war ferner durch einen ausgeprägten Klientelismus und die Verteilung von Machtquoten gekennzeichnet. Hugo Banzer hat an seinen Nachfolger ein wirtschaftlich geschwächtes Land mit schweren sozialen und politischen Problemen übergeben. An den erfolgreichen Reformprozess seines Vorgängers, Gonzalo Sánchez de Lozada (1993–1997), konnte er nicht anknüpfen.

■ Nach dem Amtsantritt von Präsident Jorge Quiroga

Der neue Präsident – Technokrat mit internationaler Erfahrung

Jorge „Tuto“ Quiroga Ramírez trat verfassungsgemäß am 7. August die Nachfolge von Hugo Banzer an. Der 41-jährige Vertreter der jüngeren Generation innerhalb der ADN, Industrieingenieur und Betriebswirtschaftler mit Abschluss einer texanischen Universität, verheiratet mit einer US-Amerikanerin, arbeitete zunächst mehrere Jahre in den USA bei IBM, war Vizeminister für Finanzen in der Amtszeit von Jaime Paz Zamora und seit 1997 Vizepräsident Boliviens. Erfolgreich leitete er die nationalen Dialogprozesse *Diálogo Nacional I* und *Diálogo Nacional II* und führte die internationalen Verhandlungen im Rahmen des Entschuldungsabkommens HIPC II für Bolivien.

Umbildung des Kabinetts

Der Vizepräsident übernimmt laut Verfassung ebenfalls die Präsidentschaft des Kongresses. Im vorliegenden Fall – Vizepräsident übernimmt das Amt des Staatspräsidenten – bleibt das Amt des Vizepräsidenten bis zu den nächsten Wahlen unbesetzt. Kongresspräsident ist in dieser Zeit der Präsident des Senats. Da zu jedem 6. August die Präsidenten des Abgeordnetenhauses und des Senats neu bestimmt werden, bezog Quiroga auch diese Ämter, neben den Ministerien, in seine personellen Überlegungen ein.

Neuer Senatspräsident ist Enrique Toro, vorher Botschafter Boliviens in Spanien. Präsident des Abgeordnetenhauses wurde Luis Vásquez, bis dahin Justizminister. Von den sechzehn Ministerien wurden zwölf neu besetzt. Auffallendstes Merkmal des neuen Kabinetts ist die Zahl der unabhängigen Minister: während in der Regierungszeit Banzers nur ein Minister unabhängig war, sind es nun sieben. ADN verlor von acht drei Ministerien, MIR von fünf zwei und der kleinste Koalitionspartner von zwei Ministerien eins. Im neuen Kabinett sind vor allem Technokraten vertreten. Vertreter der „alten Garde“ haben die Regierung verlassen.

| | | |
|-----------------------------|-----------------------|------------|
| Außenminister | Gustavo Fernández S. | unabhängig |
| Präsidialamtsminister | José Luis Lupo | unabhängig |
| Erziehungsministerin | Amalia Anaya J. | unabhängig |
| Finanzminister | Jacques Trigo L. | unabhängig |
| Minister f. Wohnungswesen | Javier Nogales I. | unabhängig |
| Minster für nachh. Entw. | Ramiro Caveró U. | unabhängig |
| Min. für wirtsch. Entw. | Carlos Kempff B. | unabhängig |
| Innenminister | Leopoldo Fernández F. | ADN |
| Justizminister | Mario Serrate R. | ADN |
| Informationsminister | Mauro Bertero G. | ADN |
| Verteidigungsminister | Oscar Guilarte L. | ADN |
| Außenhandelsminister | Claudio Mansilla P. | ADN |
| Gesundheitsminister | Enrique Paz A. | MIR |
| Landwirtschaftsminister | Wálter Núñez R. | MIR |
| Min. f. Ang. d. Kleinbauern | Wigberto Rivero P. | MIR |
| Arbeitsminister | Jorge Pacheco F. | UCS |

Politischer Dialog

Die größte Oppositionspartei, MNR, hat dem neuen Präsidenten – bei gleichzeitig kritischer Haltung – ihre Unterstützung zugesichert. Ein Dialog mit dem MNR rückte nun zumindest in den Bereich des Möglichen, falls nicht der MIR diese Kontakte, wie zur Regierungszeit Banzers, zu verhindern versuchen würde. Quiroga schien in der Vergangenheit flexibler und gesprächsbereiter als Banzer zu sein und wird sich voraussichtlich nicht so schnell dem politischen Druck der Koalitionspartner beugen. Ein deutliches Zeichen in Richtung Opposition war die Ernennung des Finanzministers und des Ministers für Wohnungswesen und Grundversorgung, beide MNR-nah.

Am 23. August fand auf Einladung von Präsident Quiroga ein Gipfeltreffen der politischen Parteien statt, an dem die Spitzen von elf Parteien, Vertreter der Kirche und der Unternehmer teilnahmen. Dies war das erste Gipfeltreffen seit neun Jahren. Sieben der anwesenden Parteien unterzeichneten einen Maßnahmenplan, darunter ADN, MIR, MNR, PDC, UCS. Die Aufgaben, für deren Erfüllung jeweils Fris-

ten gesetzt sind, wurden in folgende fünf Themenbereiche aufgeteilt:

- Transparenz der kommenden Wahlen
- Verfassungsreform
- Wirtschaftskrise und Reaktivierung
- Kampf gegen die Korruption
- zu besetzende Ämter.

Herausforderungen für die neue Regierung

Mit dem neuen Präsidenten ist neue Hoffnung in Bolivien eingezogen. Die Herausforderungen der neuen Regierung sind die Vorbereitung und Durchführung von sauberen Wahlen, der Abschluss der derzeit laufenden Verfassungsreform, Setzung von klaren Zeichen gegen Korruption und Ämterpatronage und die Einleitung eines wirtschaftlichen Notprogramms zur Schaffung von Arbeitsplätzen und von Einkommen für die am stärksten betroffenen Sektoren. Wenn es gelingt, diese Aufgaben erfolgreich anzugehen, könnte der Staat seine in den letzten Jahren verlorene Glaubwürdigkeit und Führungsrolle wiedergewinnen. Der neue Präsident hat bereits Zeichen gesetzt. Die Ergebnisse sind abzuwarten.

Daten zur wirtschaftlichen und sozialen Lage

| wirtschaftliche und soziale Indikatoren | | | |
|--|-------------|-------------|-------------|
| | 1998 | 1999 | 2000 |
| Bruttosozialprodukt (jährl. Veränderung in %) | 5,5 | 0,6 | 2,0 |
| Pro-Kopf-Einkommen (in US\$) | 1 000,- | 1 010,- | |
| Realeinkommen pro Einwohner von La Paz (in US\$) | | 643,- | 640,- |
| Inflation (jährl. Veränderung in %) | | 2,09 | 3,41 |
| Konsumpreise (jährl. Veränderung in %) | 4,4 | 3,1 | 3,8 |
| Geldmenge (M1) (jährl. Veränderung in %) | 10,0 | - 3,7 | 3,1 |
| städtische Arbeitslosigkeit (in %) | 4,1 | 6,1 | - |
| Arbeitslosigkeit (in %) | | 7,0 | 6,8 |
| Unterbeschäftigung (in %) | | | 23,0 |
| Exporte von Gütern und Dienstleistungen (in Mio. US\$) | 1 355 | 1 310 | 1 445 |
| Importe von Gütern und Dienstleistungen (in Mio. US\$) | 2 200 | 1 989 | 2 095 |
| öffentliche Investitionen (in Mio. US\$) | | | 353 |
| ausländische Investitionen (in Mio. US\$) | | 401 | 333 |
| Handelsbilanz (in Mio. US\$) | | - 276 | - 363 |
| Bevölkerungswachstum (in %) | 2,33 | 2,30 | 2,11 |
| Einwohnerzahl | 7 949 890 | 8 134 690 | |
| Lebenserwartung (Jahre) | 62 | | |
| Armut: ca. 70 % der Bev. leben unter der Armutsgrenze, in ländlichen Gebieten rund 90 % | | | |
| Daten aus: <i>Presencia</i> , 15. Dezember 2000, S. E 1 (Angaben der <i>Cámara Nacional de Comercio, Federación de Empresarios Privados de La Paz</i>); <i>Presencia</i> , 29. Dezember 2000, S. E 1 (Angaben des <i>Ministerio de Hacienda</i>); <i>Presencia</i> , 3. Januar 2000, S. E 1 (Angaben des <i>Instituto Nacional de Estadística</i>); dev.data.worldbank.org; www.cepal.org | | | |